

Infoparlament

NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ SOMMERSESSION 2017

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlament eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Sommersession des National- und Ständerats zu schaffen. Während dieser Session wird eine Vielzahl wichtiger aussenpolitischer Entscheide zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union getroffen.



Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (NEBS) freut sich, Ihnen die wichtigsten europapolitischen Fragen der Sommersession 2017 vorstellen zu dürfen.

Nach dem der Bundesrat darauf verzichtet hat, einen Gegenvorschlag zur RASA-Initiative zu machen, liegt der Ball beim Schweizer Parlament und bei den RASA-Initianten. Die Auns denkt gleichzeitig laut über verschiedene Optionen zur Kündigung der Personenfreizügigkeit nach und wird diesbezüglich hoffentlich in absehbarer Zeit einen Initiativtext präsentieren. Gleichzeitig macht die SVP im Parlament Stimmung und zielt mit einer parlamentarische Initiative beispielsweise darauf ab, ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU für alle Zukunft zu verhindern ([16.465](#)). Ausserdem muss die Teilnahme der Schweiz am europäischen Austauschprogramm Erasmus+ wieder in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt werden. In der Interpellation von Ständerat Beat Vonlanthen ([17.3028](#)) finden Sie mehr dazu.

Für die Nebs hat die Sicherstellung der Verträge mit der EU sowie insbesondere der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit der EU erste Priorität. Im Weiteren brauchen wir bei der ungeklärten Frage eines institutionellen Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU Klarheit. Nur so kann die europäische Integration der Schweiz weitergehen.

KALENDER

NR: behandelt vom Nationalrat; SR: behandelt vom Ständerat; Hauptobjekte **mit fettem Text** gekennzeichnet. *: kann am 01/06, 06/06, 08/06, 13/06, 14/06 oder 15/06 debattiert werden. **: kann am 31/05, 01/06 oder 12/06 debattiert werden.

1. Woche		
29/05/2017 16.15-20.00	SR	Mo. CVP-Fraktion. Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (<u>16.4151</u>)
31/05/2017, 08.00-13.00 15.00-19.00	NR	Europarats-Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul-Konvention). Genehmigung (<u>16.081</u>)
	NR	Po. Barazzone. Volksinitiative "gegen Masseneinwanderung". Ermittlung der Gesamtkosten, die den Unternehmen aus der Anwendung des neuen Artikels 121a der Bundesverfassung entstehen (<u>15.3956</u>)**
	NR	Mo. Häsler. Keine Dublin-Überstellung nach Ungarn (<u>15.4015</u>)**
01/06/2017 08.00-13.00	NR	Pa.Iv. Fraktion V. Verbot von Rahmenabkommen und institutionellen Bindungen mit überstaatlichen Rechtsgemeinschaften und Drittstaaten (APK) (<u>16.465</u>)*
2. Woche		
06/06/2017 14.30-19.00	NR	Parlamentarierdelegation beim Europarat. Bericht (<u>17.012</u>)
	NR	Delegation EFTA/Europäisches Parlament. Bericht (<u>17.010</u>)

08/06/2017 08.15-13.00	SR	Ip. Müller Philipp. Vereinbarkeit der Schweizer Schiesstradition mit der EU-Waffenrichtlinie (17.3255)
3. Woche		
12/06/2017 14.30-20.00	SR	Delegation EFTA/Europäisches Parlament. Bericht (17.010)
	SR	Parlamentarierdelegation beim Europarat. Bericht (17.012)
	NR	Po. SPK-NR. Internationaler Austausch von Strafachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu ECRIS (17.3269)
14/06/2017 08.00-13.00 15.00-19.00	SR	Freihandelsabkommen zwischen EFTA-Staaten und Georgien. Genehmigung (17.025)
	SR	Ip. Vonlanthen. Erasmus+ auf dem Abstellgleis. Ein Eigentümer für das Bildungsland Schweiz? (17.3028)
15/06/2017 08.00-13.00 15.00-19.00	NR	Mo. Amherd. Schweiz und EU. Gleich lange Spiesse, keine einseitige Freizügigkeit (15.3728)
	NR	Mo. Carobbio Guscetti. Optimierung der flankierenden Massnahmen in besonders betroffenen Gebieten (15.3914)

WICHTIGE GESCHÄFTE

NATIONALRAT

Donnerstag 01.Juni 2017, 08.00 – 13.00

Parlamentarische Initiative Fraktion V. Verbot von Rahmenabkommen und institutionellen Bindungen mit überstaatlichen Rechtsgemeinschaften und Drittstaaten) (16.465)

Status: Im Rat noch nicht behandelt

Text : « Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reichen wir folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Schweizerische Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 54 Auswärtige Angelegenheiten

(...)

Abs. 4

Er (der Bund) schliesst keine Abkommen mit andern Staaten oder überstaatlichen Rechtsgemeinschaften, die der Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Neutralität und den Rechten des Volkes zuwiderlaufen. »

Kommentar: *Die SVP zeigt in zunehmendem Masse auf, dass sie die Schweiz isolieren möchte und gefährdet damit die internationale Vernetzung und die Beziehungen der Schweiz zur EU und schlussendlich die Offenheit und den Wohlstand unseres Landes. Durch die Verankerung eines Verbots eines Rahmenabkommens mit europäischen und internationalen Partnern in unserer Verfassung wird die Personenfreizügigkeit (und damit die bilateralen Verträge) sowie die Teilnahme der Schweiz am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verunmöglicht. Eine solche Initiative verhindert jede Weiterentwicklung der Beziehungen der Schweiz zur EU und gefährdet die bereits bestehenden Abkommen zwischen der Schweiz und der EU.*

Um Ihre Argumentation zu untermauern verwenden die Initiantinnen folgendes Zitat: «Wer sich für ein umfassendes Rahmenabkommen und damit für die Perspektive eines späteren Beitritts entscheidet, verzichtet für die Zukunft auf Neutralität, Souveränität sowie Unabhängigkeit und trägt dazu bei, die direkte Demokratie, den Föderalismus und die Gemeindeautonomie zu untergraben. » Die Nebs hat diese Kritik bereits in einem [Positionspapier](#) aufgegriffen und widerlegt.

Die Nebs empfiehlt diese Initiative zur Ablehnung.

STÄNDERAT

Mittwoch 14. Juni 2017, 08.00-13.00, 15.00-19.00

Interpellation. Vonlanthen Beat. Erasmus+ auf dem Abstellgleis. Ein Eigentor für das Bildungsland Schweiz? (17.3028)

Status : Im Rat noch nicht behandelt

Text: « Kürzlich erschienenen Medienberichten ist zu entnehmen, dass der Bundesrat keine Vollmitgliedschaft im Programm "Erasmus+" mehr anstrebt und stattdessen die derzeit bestehende Übergangslösung bis Ende 2020 weiterführen will. Diese überraschende Kehrtwende steht im Gegensatz zu dem noch im September 2016 bekräftigten strategischen Ziel der vollständigen Assoziierung an "Erasmus+". Im Hinblick auf die zukünftige Beteiligung der Schweiz an den europäischen Bildungs- und Austauschprogrammen wirft sie verschiedene Fragen auf.

(...)

Kommentar: *Die Teilnahme der Schweiz am europäischen Austauschprogramm Erasmus+ erfolgt zurzeit mittels einer Übergangslösung, die bis Ende 2017 gültig ist und bereits jetzt Tausende von Jugendlichen, Lernenden, Studierenden und Fachpersonen aus der Schweiz unnötig schlechter stellt. Aus der Botschaft des Bundesrats vom 27. April ist zu entnehmen, dass dieser die Übergangslösung für drei weitere Jahre weiterführen will, obwohl das Kroatienprotokoll bereits ratifiziert wurde und die EU klare Bereitschaftssignale für eine Neuverhandlung von Erasmus+ mit der Schweiz von sich gegeben hat. Diese Entscheidung des Bundesrat erschwert einer ganzen Generation die einmalige Gelegenheit, persönliche, interkulturelle und für Privat- und Berufsleben zentrale Kompetenzen zu erwerben, trotz der Notwendigkeit dieser Trümpfe in einer globalisierten und vernetzten Gesellschaft.*

Aus diesem Grund fordert die Nebs eine Vollmitgliedschaft der Schweiz am europäischen Austauschprogramm Erasmus+.

Kontakt und Informationen



Martin Naef
Co-Präsident der Nebs
martin.naef@europa.ch



François Cherix
Co-Präsident der Nebs
francois.cherix@europa.ch



Lukas Wegmüller
Co-Generalsekretär der
Nebs
Tel. 031 302 35 36
lukas.wegmueller@europa.ch



Caroline Iberg
Co-Generalsekretärin der
Nebs
Tel. 031 302 35 36
caroline.iberger@europa.ch

Neue Europäische Bewegung Schweiz

Scheibenstrasse 29, Postfach 481
3000 Bern 22
Tel. 031 302 35 36
www.europa.ch

